

# Der Anfang vom Ende

## Globale Soziale Bewegungen in der Krise

Leo Kühberger

In Leeds waren es fünfzig, in München hundertfünfzig, und in manchen Städten waren am 30. November 1999 gar ein paar tausend Menschen auf der Straße. Ende der neunziger Jahre war dies durchaus aufregend. N30, der »Global Action Day« anlässlich des WTO-Gipfels in Seattle gilt gemeinhin als die Geburtsstunde der »Antiglobalisierungsbewegung«. Die AktivistInnen in den Straßen des Tagungsortes, die durch ihre teils militanten Aktionen das Treffen nicht nur symbolisch, sondern auch tatsächlich blockiert haben, beförderten eine globale Dynamik. In den darauf folgenden Jahren konnten die Konferenzen internationaler Organisationen nur mehr unter wütenden Protesten stattfinden, und man verlegte sie daher zusehends in abgelegene und schwer erreichbare Orte. Aus heutiger Perspektive war das globale Element am N30 jedoch recht überschaubar, wenn wir das beispielsweise mit den Protesten vergleichen, die am 15. Oktober 2011 stattgefunden haben. An diesem Tag war es wirklich ein »Globaler Aktionstag«, an dem sich hunderttausende Menschen in unzähligen Orten mit Demonstrationen, Aktionen und Besetzungen beteiligt haben. Trotzdem wird der 15. Oktober keinen Platz in der Geschichte finden und der Tag wird kein Ereignis sein, das in den nächsten Jahren in unseren Diskussionen eine große Rolle spielen wird.

### Von Seattle zur Puerta del Sol: Schritte nach vorne ...

Die »Gipfelstürme« zur Jahrtausendwende haben eine Generation an AktivistInnen geprägt und viele der gegenwärtigen Strukturen, Organisationsformen und Protestkulturen wurden in diesen Auseinandersetzungen geschaffen. Die Kritik, dass hier punktuell zwar eindrucksvolle Mobilisierungen zustande gebracht wurden, es aber nur selten gelang diese Proteste mit lokalen Kämpfen und dem politischen und sozialen Alltag der AktivistInnen in Beziehung zu setzen, war damals schon mehr als berechtigt. Nichtsdestotrotz steht die Chiffre Seattle für einen Bruch und zugleich für den Beginn eines neuen Zyklus an sozialen Kämpfen: *»Seattle war jedoch der erste große Protest gegen das globale System als Ganzes, die erste wirkliche Konvergenz der unzähligen Beschwerden gegen die Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten dieses Systems, und es eröffnete einen Zyklus ganz ähnlicher Proteste«* (Negri/Hardt 2004, 316).

Die Botschaft von Seattle war vor allem eine: »Shut 'em Down!«. Seattle beendete das Jahrzehnt der Nichtregierungsorganisationen und setzte wieder eine Praxis und Theorie der Bewegung auf die Tagesordnung. Seattle und der Aufstand der Zapatistas einige Jahre zuvor ersetzten den Satz »There Is No Alternative« von Margaret Thatcher durch den Slogan »Eine andere Welt ist möglich«. Im »Battle of Seattle« wurden neue Bündnisse geschaffen: »Teamsters and Turtles«<sup>1</sup> waren gemeinsam auf der Straße. Die alte ArbeiterInnenbewegung und die Neuen Sozialen Bewegungen waren in der Lage ihre Differenzen zu leben und gemeinsam handlungsfähig zu werden. Die Antiglobalisierungsbewegung war nach den Single-Issue-Bewegungen

der achtziger Jahre und dem Anfang der neunziger Jahre erklärten »*Ende der Geschichte*« die erste Bewegung, die wieder das Ganze thematisiert, und durch die Globalisierungskritik das Tor zur Kapitalismuskritik geöffnet hat.

Die Krisenjahre sind durch eine enorme Zunahme von Protesten gekennzeichnet. Doch besteht besonders hierzulande oftmals eine skeptische, wenn nicht pessimistische Haltung gegenüber den aktuellen Entwicklungen. Gerade deshalb sollte berücksichtigt werden, dass die Globalen Sozialen Bewegungen seit den Tagen von Seattle einige wichtige Schritte getan haben, auch wenn wir zugleich sehr oft auf der Stelle treten. In den Krisenprotesten wird einiges davon eingelöst, das in Seattle oder Genua zwar angelegt, aber schlussendlich nicht realisiert wurde. In dieser ersten Phase des neuen Kampfzyklus geschah es nur sehr selten, dass sich Kämpfe verbreitert haben. Heute ist dies anders. Viele der Kämpfe lassen sich tatsächlich nicht mehr eingrenzen, und sie sprengen innerhalb kürzester Zeit zum einen den unmittelbaren inhaltlichen Rahmen und zum anderen überschreiten sie die räumlichen Grenzen in einem atemberaubenden Tempo.

In den letzten Monaten war dies immer wieder der Fall. Die Proteste in Spanien brachten den Slogan »*Democracia Real Ya!*« hervor. Echte Demokratie wurde da gefordert, nicht zuletzt im Hinblick auf die Regionalwahlen, die im Frühjahr 2011 stattgefunden haben. Vor einigen Jahren wäre wohl auch nicht viel mehr daraus geworden als die Forderung nach einer Reform des bestehenden politischen Systems. Aber innerhalb kürzester Zeit verbreiterte sich die Bewegung mit Forderungen, die weit darüber hinaus gingen. Das Manifest der BesetzerInnen an der Puerta del Sol in Madrid endet mit den Worten: »*Wir wollen alles, und wir wollen es jetzt!*« (Acampadasol 2011). Zugleich ist die Bewegung unmittelbar auf die globale Ebene gesprungen und rund um den Globus wurden und werden die Slogans und Aktionsformen aus Spanien übernommen. Dies ist aber nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Wenige Monate später haben wir dies mit der »*Occupy Wall Street*«-Bewegung erlebt, und auch die Proteste in Nordafrika müssen so verstanden werden. Diese Revolten haben sich in der Region rasch verbreitet, und waren in Europa und Nordamerika zumindest als symbolischer Bezugspunkt präsent.

### **... und zwei Schritte zurück**

Die Globalen Sozialen Bewegungen geben also genügend Anlass für Optimismus, doch treten wir in vielerlei Hinsicht nach wie vor auf der Stelle, denn diese Verbreiterung trifft nur auf einen Teil der Kämpfe zu. In den Kämpfen der »alten« ArbeiterInnenbewegung war dies bisher nicht der Fall. Mitte Oktober 2011 haben die österreichischen MetallerInnen das erste Mal seit 25 Jahren gestreikt. Ein paar Tage später taten es ihnen die finnischen KollegInnen gleich. In beiden Fällen ging es um Lohnerhöhungen, die die steigende Inflation abfedern sollten. In Griechenland haben in den letzten Jahren mehrere Generalstreiks stattgefunden, um gegen das Austeritätsprogramm der EU-Troika zu protestieren. Doch hat keiner dieser Streiks den begrenzten nationalen Rahmen überschritten. Es gab keinen einzigen solidarischen Warnstreik zur Unterstützung der griechischen, finnischen oder österreichischen ArbeiterInnen. Die neuen Kämpfe und die dort entwickelten Aktionsformen erreichen also unmittelbar eine globale Dimension, die »alten« Kämpfe bleiben beschränkt, oder besser gesagt: Sie beschränken sich selbst. Die neuen Kämpfe entwickeln For-

men der Kommunikation, die zwar meist oberflächlich und unbefriedigend bleiben, aber den notwendigen Ausgangspunkt für eine globale Bewegungsdynamik bilden. Bei den alten Kämpfen ist das nicht der Fall. Die tradierten Gewerkschaftsstrukturen verunmöglichen jedwede Kommunikation. Die finnischen, österreichischen und griechischen MetallerInnen sind wohl auch in den sozialen Netzwerken aktiv, aber es entwickelt sich keine neue Form der Kommunikation, die eine transnationale Vernetzung initiieren könnte. Dabei wäre doch die »alte« ArbeiterInnenbewegung die »Erfinderin« dieses Transnationalismus. In ihrer »Address to the Belgian Working Classes«, einem der ersten einschlägigen Dokumente, hielt die Londoner »Working Men's Association« im Jahr 1836 fest: »*that our interests – nay, the interests of working men in all countries of the world – are identified*« (van der Linden 2008, 268). Nicht einmal der Umstand, dass der 12. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes im Mai 2011 bezeichnenderweise in Athen stattgefunden hat und man dort »*Solidarity in the Economic Crisis*« (Friedrich Ebert Stiftung 2012) beschwor, konnte die nationale Beschränktheit auch nur im geringsten infrage stellen.

Doch treten wir nicht nur in dieser Hinsicht auf der Stelle. Es mag schon stimmen, dass die kapitalistische Produktionsweise in einem Ausmaß delegitimiert ist wie schon lange nicht, aber es gelingt trotzdem nicht, ein paar der alten – aber so wichtigen – Fragen neu zu stellen. Die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln wird, sieht man einmal von den sehr marginalisierten Zusammenhängen ab, in denen über Solidarische Ökonomie und/oder Commons diskutiert wird, nirgends in einem nennenswerten Ausmaß thematisiert. Sogar dort, wo Projekte der Solidarischen Ökonomie angegangen werden, umschifft man die Frage, was mit all dem passieren soll, das schon vorhanden ist.

In Thessaloniki wurde beispielsweise ein »Autonomes Gesundheitszentrum« eingerichtet, das allen Menschen offen steht (Radio Dreyeckland 2011). Solche Projekte sind notwendig und eröffnen eine Perspektive, die über das staatliche Gesundheitssystem mit seiner absurden Apparatedizin, den unmenschlichen Arbeitsbedingungen und überkommenen Hierarchien hinausgeht. Im Interview mit Radio Dreyeckland beschreibt die Ärztin, dass sie ihre freien Nachmittage in diesem Gesundheitszentrum verbringt. Die Frage, die aber nicht gestellt wird, ist die, wie ihre nicht-freie Zeit anders organisiert werden könnte, und was mit diesem riesigen Krankenhaus passieren soll, in dem sie sonst arbeitet, wie dieses übernommen, und anders organisiert und betrieben werden kann. Diese Frage gilt es zu stellen!

Es kommt auch nicht von ungefähr, dass diese Fragen (noch) eine geringe Rolle spielen. Wir waren bisher nicht in der Lage, uns mit den Irrläufen des 20. Jahrhunderts kritisch auseinanderzusetzen. Beide Modelle des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln, ob nun in seiner realsozialistischen Variante in Osteuropa oder der sozialdemokratischen in Westeuropa sind kläglich gescheitert, und nein, es waren nicht nur die Rahmenbedingungen des Kapitalismus und die Attacken privater Unternehmungen und neoliberaler PolitikerInnen. Am Ende des Tages haben sich die Arbeitsbedingungen in einem Betrieb der Verstaatlichten kaum davon unterschieden, wie es in einem privaten Betrieb zugeht, agierten diese Betriebe nach denselben Parametern, mussten produzieren um des Produzierens willen. Das Kriterium des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolgs im Westen wie im Osten war schlussendlich das Wachstum des BIP (Zelik 2011, 38). Das ist einer der Gründe, warum wir diesen Formen des nicht-privaten Eigentums keine Träne nachweinen sollten,

aber diese Erfahrungen sind zu diskutieren, weil sie heute der Diskussion um das Eigentum an den Produktionsmitteln entgegenstehen.

### Die Linke hält nicht Schritt

Die parlamentarische Linke ist wiederum einmal enttäuscht. Die Zeichen standen gut. Sie waren es doch, die schon immer die Macht der Finanzmärkte kritisiert haben, sie waren es doch, die den »Raubtierkapitalismus« in seine Schranken weisen wollten. Jetzt ist diese Kritik in der Mitte der Gesellschaft angelangt. Eigentlich sollten, ja müssten sie die großen GewinnerInnen dieser Krise sein. Aber sie sind es nicht! Nur in Ausnahmefällen konnten linke Parteien in den letzten Monaten bei Wahlen entsprechend reüssieren. Die Linke hat dafür natürlich eine Erklärung parat. Trotz der Krise hat sich das Bewusstsein noch nicht in diesem Ausmaß geändert, befinden sich die WählerInnen, vor allem die Leidtragenden der Krise, noch immer in den Klauen bürgerlicher Hegemonie gefangen. Aber man sollte die Frage einmal andersrum stellen: Warum sollte man in dieser Situation eine linke Partei wählen? Welche Antworten geben sie auf die Krise?

Die konkreten Vorschläge der linken Parteien gehen selten über das Drehen an verschiedenen Schrauben hinaus. Diese Ratlosigkeit ist wenig überraschend. Es gibt keine Alternative und es gibt keine Forderungen, die zu stellen wären und um deren Durchsetzung mensch ringen müsste. Natürlich sind die Forderungen nach einer Umverteilung durch neue Steuern unterstützenswert, aber langfristig betrachtet kann eine systemimmanente Lösung nur in der endgültigen Zerschlagung des fordistischen Wohlfahrtsstaats, radikalen Lohnkürzungen und einer forcierten Verelendung bestehen, wie wir das in Griechenland bereits erleben. Laut offiziellen Zahlen sind bereits 21 Prozent der GriechInnen erwerbslos. Die Bruttomindestlöhne wurden Anfang März um 22% auf 586 Euro gekürzt, und auch das geht der Troika noch nicht weit genug. Der Klassenkompromiss des Fordismus ist längst Geschichte. Nur so lassen sich die Akkumulationsbedingungen und Profitmöglichkeiten des Kapitals in einem zufriedenstellenden Ausmaß verbessern. Die Linke spielt in der Krise eine paradoxe Rolle: Aus der Kritik an diesen Verhältnissen entstanden, schwingt sie sich zur letzten Verteidigerin derselbigen auf. Als ob es die grundsätzliche Kritik am Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie nie gegeben hätte, schickt man sich nun an all das zu verteidigen und verschließt vor dem fundamentalen Charakter der Krise die Augen.

Immanuel Wallerstein schreibt im Vorwort zum Vierten Band seiner Geschichte des modernen Weltsystems, dass der sechste und letzte Band sich der strukturellen Krise unserer Tage widmen wird. Wallerstein ist heute 81 Jahre alt, also wird er es mit dieser Ankündigung diesen Band noch zu schreiben nicht ganz ernst gemeint haben, vor allem wenn er ein Datum für das Ende des modernen Weltsystems setzt: 2050. *»And then, I feel, we will be into a totally new situation. The modern world-system will have seen its definitive demise, ceding place to a successor or successors yet unknown, unknowable, and whose characteristics we cannot yet sketch«* (Wallerstein 2011, XVII). Wir werden sehen, ob Wallerstein Recht behält und ob es erst oder schon 2050 überstanden ist, aber er formuliert damit den Rahmen, in dem wir uns heute bewegen.

Beinahe jede Generation in den letzten 150 Jahren ging mit der Idee schwanger, dass sie die finale Krise des Kapitalismus erleben würde, und alle haben sich geirrt,

und der Kapitalismus hat sich um vieles flexibler und transformationsfähiger erwiesen, als man Generation für Generation geglaubt hatte. Es wäre verkehrt, abermals dieser Vorstellung zu erliegen. Es gibt auch keinen Grund das anzunehmen, aber es gibt viele Gründe davon auszugehen, dass diese Krise derart tief gehend ist, dass wirklich alles zur Disposition steht. Es gibt keinen gesellschaftlichen Bereich, der sich nicht in einer krisenhaften Dynamik befinden würde, kein Politikfeld, das ohne den Zusatz Krise auskommen würde.

Die aktuelle Krise wird gerne mit der Krise der 20er und 30er Jahre des letzten Jahrhunderts verglichen. Aber wir sollten noch ein Stück weiter zurückgehen, in das 17. und 18. Jahrhundert, der bewegten Zeit vor der Amerikanischen und der Französischen Revolution. 1689 wurde mit der »Bill of Rights« ein wichtiger Eckstein in der Entwicklung des Parlamentarismus gesetzt. Im 18. Jahrhundert wurden die ersten modernen Verfassungen geschrieben, Rousseau veröffentlicht *»Du contrat social«*, allerorten kämpft mensch gegen die Allmacht der Kirche, die Gewaltentrennung in Exekutive, Legislative und Judikative wird theoretisch formuliert, und mit der Nation wird ein Konzept erfunden, das für die nächsten Jahrhunderte prägend sein sollte.

Im 18. Jahrhundert wurde aber nicht nur der politische Rahmen geschaffen, der bis heute unser Handeln begrenzt. Innerhalb weniger Jahrzehnte werden die Institutionen<sup>2</sup> der Disziplingesellschaft eingerichtet, und *»im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts sind die Disziplinen zur allgemeinen Herrschaftsform geworden.«* (Foucault 1994, 176) 1712 wird die erste Dampfmaschine konstruiert, und 1764 die »Spinning Jenny« erfunden. Ein neues Arbeitsregime wird in langen Kämpfen durchgesetzt und es gelingt dem Kapital *»sich der ganzen Woche des Arbeiters (...) zu bemächtigen«* (Marx 1984, 290). Die Staatsapparate durchdringen die Bevölkerungen immer engmaschiger und in Europa verschwinden die letzten *»nonstate populations«*. (Scott 2009, 188) Aber auch der emanzipatorische Diskurs veränderte sich grundlegend: *»Before the first two avowedly secular revolutions in North America and France in 1776 and 1789, virtually all mass political movements expressed their aspirations in religious terms«* (Scott 2009, 294). In diesen Revolutionen wurde die religiös bestimmte Vorstellungswelt überwunden und es eröffneten sich vollkommen neue Perspektiven.

Genau dazu ist die Linke heute nicht in der Lage. Sie denkt und agiert noch immer in den alten Kategorien von repräsentativer Demokratie und Nationalstaat und ist bemüht, diese gegen die aktuellen Angriffe zu verteidigen. Sie erinnert damit ein wenig an Edmund Burke, den geistigen Vater des Konservativismus, dieses Sophisten und Sykophanten, wie Marx zu sagen pflegte, der sich dem Geiste der Zeit entgegen stellte, und versuchte die Vergangenheit in die Zukunft zu retten. Die Linke unserer Tage ist wie Burke ein romantischer *»laudator temporis acti«*<sup>3</sup>, die in ihrer Einfallslosigkeit davon träumt mit ein paar Steuern hier, und ein wenig Re-Regulierung der Finanzmärkte da, das ach so Goldene Zeitalter fordistischer Vergesellschaftung wieder beleben zu können.

Man könnte nun entgegenhalten, dass dies eine philosophische Diskussion wäre, die wir abends am Kamin führen können. Im Gegenteil! Es ist die Frage, die sich jetzt in den Bewegungen und Protesten stellt, und sich in den nächsten Jahren stellen wird. Am 20. Oktober 2011 wurde in Athen, wie so oft in den letzten Monaten, gestreikt und demonstriert. Zum wiederholten Male versammelte sich die erboste Menge am Syntagma-Platz direkt vor dem griechischen Parlament, in dem gerade über das neueste Sparpaket debattiert wurde. Doch war das Bild an diesem Tag ein

anderes als gewohnt. Es standen sich nicht die DemonstrantInnen auf der einen und die Polizei auf der anderen Seite gegenüber, sondern dazwischen hatten die Mitglieder der Kommunistischen Partei (KKE) und der ihr nahestehenden Gewerkschaft (PAME) Aufstellung genommen. Es kam zu verbalen Auseinandersetzungen und in der Folge auch zu gewalttätigen Zusammenstößen. Die KommunistInnen prügelten mit Stöcken auf die Menge ein, Teile dieser Menge, vor allem – aber nicht nur – die organisierten AnarchistInnen antworteten mit Steinen und Molotow-Cocktails.

Es kann und soll an dieser Stelle nicht darum gehen, diesen Konflikten auf den Grund zu gehen und womöglich darin Partei zu ergreifen. Vieles davon lässt sich nur durch die jüngere Geschichte Griechenlands erklären und verstehen (Giovannopoulos/Dalakoglou 2011). Aber wir sollten von den lokalen Gegebenheiten abstrahieren und uns nochmal dieses Bild vergegenwärtigen. Auf der einen Seite eine Menge aufgebracht demonstrierender Menschen, die das Parlament stürmen will, um damit zum einen ein kräftiges Symbol zu liefern, und zum anderen ganz konkret die Abstimmung zu verhindern, denn noch ist es ja so, dass das Parlament die Vorgaben der EU-Troika formal bestätigen muss. Auf der anderen Seite die Reihen an KommunistInnen, die eben dieses »Parlament« verteidigen, die darum bemüht sind die bestehende Ordnung zu erhalten. Darin besteht die Message des 20. Oktober. Ein Teil in den Bewegungen möchte mit all dem Schluss machen, vertraut nicht mehr auf das Bestehende und auf der anderen Seite schickt sich ein Teil der Bewegungen an das Alte zu verteidigen und zu bewahren. Dies ist nicht nur ein Konflikt in den Straßen von Athen, sondern ein Konflikt, den wir allerortens erleben und erleben werden.

Die Krise sorgt dafür, dass sich die Entwicklungen der letzten Jahre in einem atemberaubenden Tempo beschleunigen und alles zur Disposition gestellt wird. Was passiert, wenn die Europäische Union in sich zusammenbricht? Was kommt danach? Wir können wohl kaum zum Ziel haben, die Tragödie des Nationalstaats als Farce wieder aufzuführen zu wollen. Aber vor allem: was passiert, wenn sich die Auflösungserscheinungen der territorialen Nationalstaaten auch in den Zentren verstärken? Welche emanzipatorischen Antworten haben wir darauf? Die parlamentarische Demokratie, schon immer Ziel unserer Kritik, und heute nur mehr ein Schatten ihrer selbst, führt sich selbst ad absurdum. Was kommt danach? Das mag wie eine dystopische Zukunftsmusik klingen, aber ist denn das so weit hergeholt? Die Liste der »failed states« ist schon heute länger als die Liste der Staaten in denen eine Zentralgewalt ein klar umrissenes Territorium beherrscht. Die Auflösung der alten Zentralgewalt wird gerne als Problem und Risiko diskutiert, aber zugleich sehen wir, dass eine Staatlichkeit, die aus einer Melange von alter Zentralgewalt, paramilitärischer und offen mafioser Strukturen besteht, kein Widerspruch, sondern ein konstituierendes Element der herrschenden Ordnung der Welt ist. Kann mensch eine solche Entwicklung für (Teile von) Europa ausschließen, und sind das nicht die Fragen, die diskutiert werden sollten? Das gesamte politische System hat noch viel mehr als der Kapitalismus eine massive Delegitimierung erfahren, und es ist geradezu tragisch, dass die KritikerInnen dieser beschränkten Demokratie zu deren VerteidigerInnen werden.

### **Fragend schreiten wir voran...**

Wir haben (zum Glück!) keinen Masterplan zur Hand, der uns den Weg aus dieser Situation weisen würde. Wir können uns bloß den Satz der Zapatistas »Preguntan-

do caminamos«<sup>4</sup> zu Herzen nehmen. An manchen Orten haben Bewegungen in den letzten Monaten aufregende Erfahrungen gemacht. Die Occupy-Bewegung, die in Europa vielerorts leider nur ein Sammelbecken von Obskuranten ist, hat beispielsweise in Oakland solche Schritte gesetzt. Nach der brutalen polizeilichen Räumung letzten November, machte der Vorschlag vom Generalstreik die Runde. Die Occupy-Bewegung unterstützte die HafendarbeiterInnen durch Blockaden, weil diese nach Jahren der Deregulierung oft nur für einen Tag angeheuert werden und viele der ArbeiterInnen gar nicht mehr streiken können. In dem Versuch die Häfen zu blockieren wird ein wichtiger Schritt deutlich, und es schließt sich der Kreis mit den Anfängen diesen neuen Kampfzyklus. »Shut 'em down« galt in Seattle dem WTO-Gipfel, in Oakland gilt er der kapitalistischen Produktionsweise an sich, die an ihrem neuralgischen Punkt getroffen werden soll. Es gilt solche Erfahrungen zu stärken und zu verallgemeinern, nicht im Sinne einer Homogenisierung der Forderungen und Strategien, sondern im Sinne der Vertiefung und Zuspitzung der Kämpfe.

## Literatur

- Acampadasol (2011) Manifiesto (<http://madrid.tomalaplaza.net/manifiesto-2> \_ 30.1.2012)
- Foucault, Michel (1991) Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/Main.
- Friedrich Ebert Stiftung (Hg.) (2012) Solidarity in the Economic Crisis. Challenges and Expectations for European Trade Unions (<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08073.pdf>, Zugriff am 10. 1. 2012)
- Giovanopoulos, Christos/ Dalakoglou, Dimitris (2011) From ruptures to eruption: A genealogy of post-dictatorial revolts in Greece, in: Vradis, Antonis/Dalakoglou, Dimitris (Ed.) Revolt and Crisis in Greece. Between a Present Yet to Pass and a Future Still to Come, London.
- Linden, Marcel van der (2008) Workers of the World. Essays toward a Global Labor History, Boston/Leiden.
- Marx, Karl (1984) Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, 1. Bd., Berlin.
- Negri, Antonio/ Hardt, Michael (2004) Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Frankfurt/Main.
- Radio Dreyeckland (2011) »Krankenhäuser selberrichten – die Antwort auf Sparmaßnahmen aus Thessaloniki« – Interview mit der Ärztin Christina Kydona (<http://www.freie-radios.net/44080> \_ 30.1.2012)
- Scott, James C. (2009) The Art of Not Being Governed. An Anarchist History of Southeast Asia, New Haven & London.
- Wallerstein, Immanuel (2011) The Modern World-System IV. Centrist Liberalism Triumphant, 1789-1914, Berkeley.
- Zelik, Raul (2011) Nach dem Kapitalismus? Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Kommunismus anders denken, Hamburg.

## Anmerkungen

- 1 »Teamsters and turtles – together at last« war auf einem Transparent in Seattle zu lesen. Teamsters sind die Mitglieder der TransportarbeiterInnengewerkschaft und mit den Meeresschildkröten sind hier UmweltschutzaktivistInnen gemeint.
- 2 1718 bis 1721 wird in Derby die erste Fabrik errichtet, und 1776 die berühmte Soho-Manufactory. 1710 wird die Charite in Berlin, und 1784 das Allgemeine Krankenhaus in Wien eröffnet, und 1790 wird der alte »Wallnut Street Jail« in Philadelphia neu eingeweiht.
- 3 »Lobredner einer vergangenen Zeit«
- 4 »Fragend schreiten wir voran!«